

Wolfgang Schäuble:

Rolle rückwärts in eine falsche Vergangenheit

Rede des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
in der Aussprache des
Deutschen Bundestags über
die Regierungserklärung
von Bundeskanzler Schröder
am 10. November 1998

Es ist wahr: Sie haben am 27. September mit Rot-Grün die Wahl gewonnen. Wir haben Ihnen dazu gratuliert. Wir wünschen auch unter Ihrer Regierung unserem Land eine gute Zukunft. Sie werden allerdings in der Zukunft nicht jede sachliche Einwendung gegen Ihre Absichten und Ihre Politik mit dem Hinweis auf das Wahlergebnis abtun können. Sie müssen sich in der Zukunft schon mit der Sache auseinandersetzen.

Wir, die CDU/CSU-Fraktion, haben – nicht mit einem Übermaß an Freude, aber in demokratischem Respekt – das Wahlergebnis nicht nur akzeptiert, sondern den Oppositionsauftrag für diese vier Jahre angenommen. Wir werden eine kämpferische, eine kritische Opposition sein.

Wir werden nicht Opposition um der Opposition willen betreiben. Wo Sie Absichten verfolgen, eine Politik betreiben, der wir zustimmen, werden wir Sie nicht kritisieren, nur um andere Positionen zu vertreten. Aber wo es um der Sache willen geboten ist, werden wir das Wächteramt der Opposition kämpferisch, aufmerksam wahrnehmen. Darauf können Sie zählen.

So dienen wir gemeinsam in unterschiedlicher Verantwortung und in demokratischer Gemeinsamkeit unserem Land.

Gleich zu Beginn sagen will ich auch: Ihre Regierungserklärung war eine Enttäuschung.

Es ist eine Ansammlung von Überschriften und Absichtserklärungen. Aber wo es um inhaltliche Substanz geht, bleibt sie, trotz einer nicht unbeachtlichen Dauer – aber eine Regierungserklärung am Anfang einer neuen Legislaturperiode muß alle Themen behandeln; das braucht seine Zeit –, bemerkenswert blaß.

Noch spannender ist im übrigen, was Sie in Ihrer Regierungserklärung nicht erwähnt haben. Zwar haben Sie am Schluß, im Zusammenhang mit der Europäischen Währungsunion und der aktuellen Debatte, die Ihr Finanzminister nebst Frau Gemahlin ausgelöst haben, ein paar Bemerkungen dazu gemacht; aber ausschließlich in diesem Zusammenhang ist in Ihrer Regierungserklärung das Wort „Preisstabilität“ vorgekommen. Das ist mir schon aufgefallen, und durchaus bemerkenswert.

Wir haben in Ihrer Regierungserklärung eine Menge ertragen müssen, was so nicht akzeptabel ist. Daß man nach einem demokratischen Wechsel alles ein wenig anders darstellt, ist ja in Ordnung. Aber mit Helmut-Schmidt-Zitaten zu enden und zum deutsch-amerikanischen Verhältnis so zu reden, wie

Sie es getan haben, und gleichzeitig zu verschweigen, daß Sie gegen den NATO-Doppelbeschluß demonstriert und darüber Helmut Schmidt gestürzt haben – während Helmut Kohl und wir dafür gesorgt haben, daß er durchgesetzt werden konnte –, ist schon ein starkes Stück.

Man kann ja über Erblast und andere Dinge reden. Aber ein paar Dinge müssen am Anfang klargestellt sein: Davon zu reden, daß für die Frauen, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nichts getan worden sei in Deutschland, ist angesichts der Tatsache, daß in den 16 Jahren, in denen Helmut Kohl Bundeskanzler war, in denen wir, die CDU/CSU und die FDP, gemeinsam Regierungsverantwortung getragen haben, die Berücksichtigung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung eingeführt worden ist, schon eine Unverschämtheit.

Wir haben den Erziehungsurlaub und das Erziehungsgeld eingeführt. In Ländern, in denen die Union regiert, gibt es ein drittes Jahr Erziehungsgeld; in Ländern, in denen die SPD regiert, gibt es das nicht. Das ist der Unterschied, und das darf man nicht verfälschen.

Was Sie zur Solidarität mit den Menschen im Osten, in den neuen Bundesländern, gesagt haben, das will ich mit der Hoffnung so stehenlassen, daß das neue Amt Ihnen auch eine neue Einsicht gibt. Wer sich noch daran erinnert, was Sie als Ministerpräsident von Niedersachsen zur Solidarität mit den Menschen in den neuen Ländern gesagt haben, kann nur hoffen, daß Sie in der neuen Verantwortung ein neues Verständnis von Solidarität aller Deutschen in Ost und West haben.

Als Sie von der Einbindung der Vertreter der Bürgerrechtsbewegung in der ehemaligen DDR in Ihre Regierung und Koalition sprachen, Herr Bundeskanzler, hätten Sie auch ein Wort zu der Koalition von SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern sagen müssen.

Ich habe dazu eine Agenturmeldung der AFP vom 9. November. Darin steht: Bundesinnenminister Otto Schily will die Überwachung der PDS durch den Verfassungsschutz neu überprüfen.

Schily sagte am Montag vor Journalisten in Berlin, es sei eine „vertrackte Situation“, wenn die PDS wie in Mecklenburg-Vorpommern an der Regierung beteiligt sei und andererseits vom Verfassungsschutz beobachtet werde.

Der Mann hat recht: Das ist eine vertrackte Situation.

Ich rate dazu, daß wir die Verfassungsschutzbehörden auch in der Zukunft ermuntern, die Frage, ob eine Organisation beobachtet werden muß oder nicht, nach ihrem Gefahrenpotential für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beurteilen und nicht danach, ob die SPD mit der Organisation koalitiert. Das ist der Punkt, weshalb ich meine, daß die vertrackte Situation falsch aufgelöst ist.

Ich möchte noch eine andere Agenturmeldung zitieren, die ich heute morgen mit Befriedigung gelesen habe. Sie ist von dpa. Da steht – Herr Bundeskanzler, dazu haben Sie gar nichts gesagt, obwohl Sie viel von Erblast gesprochen haben –:

Niedrigste Preissteigerung seit Vereinigung: 0,7 Prozent. Die Lebenshaltungskosten sind in Deutschland im Oktober um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen.

Auch das gehört zur Eröffnungsbilanz dieser Regierung: ein Maß an Preisstabilität, wie wir es in Deutschland niemals zuvor gekannt haben.

Wer weiß und sich daran erinnert, daß Inflation immer die brutalste Form der Ausbeutung der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten gewesen ist, der muß, wenn er für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit – im Ziel sind wir uns einig – stehen will, dafür sorgen, daß die Preisstabilität erhalten bleibt. Deswegen gehört das zur Eröffnungsbilanz Ihrer Regierung.

Herr Bundeskanzler, wenn Sie Ihrem Vorgänger im Amt zu Recht bei vielen Gelegenheiten immer wieder Ihren Respekt bekunden, ist das in Ordnung. Den teilen wir, sogar mehr als Sie. Aber dann die Ergebnisse und die Politik von Helmut Kohl und seiner Regierung so zu verfälschen, wie Sie es in Ihrer Regierungserklärung getan haben, ist nicht in Ordnung. Das paßt nicht zusammen.

Deswegen muß am Anfang der Debatte über Ihre Regierungserklärung, am Beginn dieser Legislaturperiode von der Opposition um der Wahrheit und der künftigen Bewertung der Ergebnisse Ihrer Politik willen festgehalten werden, was die Eröffnungsbilanz Ihrer Regierung tatsächlich ist.

Es ist bemerkenswert. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben in ihrem Herbstgutachten im Oktober doch mitgeteilt, daß nach ihrer

Meinung ein Entlastungsspielraum für eine Steuerreform im Jahre 1999 in einer Größenordnung von gesamtstaatlich etwa 20 bis 30 Milliarden DM netto zur Verfügung steht.

Das ist das Ergebnis der Finanzpolitik unserer Regierung, und das ist die Eröffnungsbilanz der Ihren.

Die Steuereinnahmen sind im Jahre 1998 deutlich stärker gestiegen, als im Bundeshaushalt 1998 eingestellt, und die Ausgaben sind weniger gestiegen, als im Bundeshaushalt 1998 vorgesehen.

Die Arbeitslosigkeit ist stärker zurückgegangen, als wir selber dafür finanzielle Vorsorge getroffen haben. Im Oktober war die Arbeitslosigkeit in Deutschland – das ist die Eröffnungsbilanz – um knapp 400 000 niedriger als im Oktober des Vorjahres. Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland um 400 000 in einem Jahr ist ein großer Erfolg der letzten Regierung. Dieser Trend gehört zur Eröffnungsbilanz Ihrer Regierung.

Wir haben stabile Preise. Wir haben ein niedriges Zinsniveau, ein Zinsniveau auf historischem Tiefstand. Das ganze Gerede von Herrn Lafontaine ist also unhaltbar. Es ist eine geplante, langfristig angelegte Kampagne mit dem Ziel, die Unabhängigkeit von Bundesbank und Europäischer Zentralbank durch Einschüchterung und politischen Druck schrittweise einzunengen. Die ganze Kampagne entbehrt jeder sachlichen Grundlage, denn wir haben in Deutschland niedrigere Zinsen als in Amerika und in den meisten europäischen Ländern. Unser Zinsniveau ist auf einem historischen Tiefstand. Auch das gehört zur Eröffnungsbilanz.

Wir haben eine Steuerquote von 21 Prozent, und die Staatsquote liegt in diesem Jahr unter 48 Prozent. Sie liegt deutlich niedriger als am Anfang der Regierungszeit von Helmut Kohl. Da Sie gerade Helmut Schmidt zitiert haben: Es gehörte zur Eröffnungsbilanz unserer Regierung, daß die Staatsquote damals über 50 Prozent lag, und heute liegt sie trotz der Wiedervereinigung unter 48 Prozent. Auch das gehört zur Eröffnungsbilanz.

Deswegen sage ich noch einmal: Stabile Preise, solides Wirtschaftswachstum, 2,7 Prozent reales Wachstum in diesem Jahr, rückläufige Arbeitslosigkeit – 400 000 weniger in einem Jahr –, niedrige Zinsen, geordnete Staatsfinanzen – das ist die Eröffnungsbilanz Ihrer Regierung. An diesen Zahlen und Trends werden Sie sich in der Zukunft messen lassen müssen.

Sie versuchen jetzt, die Prognosen zu verändern, indem Sie sagen, im nächsten Jahr werde es schwieriger werden, und indem Sie nach unten rechnen. Ich sage Ihnen: Wenn sich die Prognosen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und für die Entwicklung am Arbeitsmarkt verändern sollten, dann wäre das vor allem und in erster Linie das Ergebnis der Ankündigungen einer falschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik von Rot-Grün.

Sie haben angekündigt, daß Sie unsere Maßnahmen rückgängig machen wollen, so zum Beispiel die Regelung zum Schlechtwettergeld. Ich würde Ihnen raten: Überlegen Sie es sich noch einmal. Die Tarifpartner in der Bauwirtschaft haben doch alles gut geregelt. Warum wollen Sie denn mit einer gesetzlichen Neuregelung schon wieder in abgeschlossene Tarifverträge eingreifen? Ich finde, wenn wir Dezentralisierung und Tarifautonomie ernst nehmen, sollten wir das, was die Tarifpartner in der Bauwirtschaft im Zusammenwirken mit dem Gesetzgeber gut geregelt haben, nicht durch einseitige Eingriffe des Gesetzgebers wieder rückgängig machen.

Wenn Sie die Deregulierungen am Arbeitsmarkt – von denen übrigens Helmut Schmidt in seinem neuen Buch gerade geschrieben hat, daß sie notwendig sind, um mehr Arbeitsplätze zu bekommen – rückgängig machen, zum Beispiel eine gewisse Eigenbeteiligung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, auf die sich die Tarifpartner zum Teil geeinigt haben, wenn Sie diese Maßnahmen, die uns in Deutschland mehr Arbeitsplätze eingebracht haben, zurücknehmen, dann – das ist völlig klar – wird das Ergebnis mehr Arbeitslosigkeit sein. Aus diesem Grund verschlechtern sich die Prognosen.

Wenn Sie die Steuerbelastung für Unternehmen und für den Mittelstand erhöhen, dann werden Sie eben weniger Investitionen, weniger Arbeitsplätze und weniger Wirtschaftswachstum haben, und dann werden natürlich auch die Steuereinnahmen wieder zurückgehen.

Die neuen Haushaltslöcher, die Sie angeblich ausfindig gemacht haben, haben Sie übrigens nicht beschrieben. Sie haben von 20 Milliarden DM gesprochen. Aber Sie waren doch bei der Haushaltsdebatte Anfang September anwesend. Herr Bundeskanzler, Herr Ministerpräsident außer Diensten – damals haben Sie als Ministerpräsident gesprochen –, welche Zahl hat sich seit Anfang September verändert? Es ist die Unwahrheit, wenn Sie behaupten, bei Durchsicht der Bücher hätten Sie neue Löcher entdeckt. Alle Zahlen lagen auf dem Tisch. Wir haben Anfang September darüber diskutiert. Nichts

außer den Ankündigungen von Rot-Grün für eine künftige falsche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hat sich geändert.

Nun sagen Sie, weil Sie ja die Kritik an den rot-grünen Koalitionsvereinbarungen gehört haben, der Mittelstand werde mit Ihrer Steuerpolitik doch entlastet oder nicht so belastet, wie man in den Zeitungen lese. Ich will an einem kleinen Punkt einmal aufzeigen, mit welchen Kniffen und Tricks schon in dieser Regierungserklärung gearbeitet wird.

Sie haben mir ja das Manuskript Ihrer Rede liebenswürdigerweise durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung um 8.22 Uhr übersenden lassen. Deswegen hatte ich Zeit, mir dies genau anzuschauen.

● **Wenn es Ihnen Freude macht, bedanke ich mich wirklich herzlich, Herr Kollege, daß ich durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung um 8.22 Uhr den Inhalt Ihrer Regierungserklärung zugestellt bekommen habe. Deswegen habe ich jetzt die Gelegenheit, Ihnen an Hand des Textes – das Stenographische Protokoll habe ich ja noch nicht – die Tricks aufzuzeigen, mit denen Sie arbeiten.**

Die Steuerentlastungen, die Sie vorsehen oder die angekündigt werden – es wechselt ja; die Gesetzentwürfe, die uns zugesandt werden, werden ja zurückgezogen, bevor sie überhaupt nur die Geschäftsführung der Fraktionen erreicht haben. Aber Spaß beiseite:

In Ihrer Regierungserklärung haben Sie die geplanten Steuerentlastungen für die Jahre 1999, 2000, 2001 und 2002 wunderbar dargestellt, ohne bei den Entlastungen zeitlich zu differenzieren. Dann haben Sie gesagt, der Mittelstand werde im übrigen gar nicht belastet.

Und jetzt zitiere ich einmal:

Die Sonder- und Ansparabschreibungen für Existenzgründer können unverändert in Anspruch genommen werden; für kleinere und mittlere Betriebe bleiben sie bis zum Jahr 2000 erhalten.

Sie werden also gestrichen, ehe die Tarifentlastungen überhaupt in Kraft treten können. Das ist die Wahrheit. Der Rest ist gelogen.

Da helfen die besten spin doctors nicht. Die Substanz Ihrer Steuerpolitik bedeutet eine Mehrbelastung für Wirtschaft und Mittelstand und damit eine Belastung und Verhinderung von Investitionen und von Arbeitsplätzen.

Es kann nach den Grundregeln von Krafts Rechenbuch und nach Adam Riese ja auch gar nicht anders sein. Aber Adam Riese? Dazu hat das „Handelsblatt“ geschrieben: Gerhard Schröder fordert Adam Riese heraus.

Welch eine Herausforderung, Herr Bundeskanzler! Aber das ist gefährlich. Man sollte die Grundrechenarten nicht außer Kraft setzen. Ich kann nicht mehr Geld ausgeben und gleichzeitig weniger einnehmen wollen; das geht nicht zusammen. Wer nicht die Kraft zum Sparen hat, der wird die Betriebe und auch die Steuerzahler nicht entlasten.

Sie sehen jetzt keine Nettoentlastung vor. Heute haben Sie gesagt: 15 Milliarden DM ab dem Jahr 2002; Verzeihung, aber im Moment haben wir, wenn ich das richtig weiß, den 10. November 1998. Die Arbeitslosigkeit ist das dringendste Problem in unserer Gesellschaft; ihre Bekämpfung kann nicht bis zum Jahr 2002 warten. Wir brauchen **jetzt** Steuerentlastungen. Für 1999 haben Sie keine vorgesehen.

Wenn es keine Entlastung gibt, dann muß der eine mehr bezahlen, was der andere weniger bezahlen soll. Es geht nicht anders zusammen.

Herr Finanzminister, von Ihnen wissen wir, daß Sie niemals entlasten, sondern allenfalls umverteilen wollen. Am liebsten würden Sie Steuern nur erhöhen; denn je mehr Sie Steuern erheben, desto mehr glauben Sie ja, daß Sie Rädchen haben, mit denen Sie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflussen können. Das allerdings ist altes Denken: keine Neue Mitte, sondern alte Linke.

Selbst Ihre eigenen Darlegungen, so schön sie formuliert sind, sind ja, wenn man sie ein bißchen abklopft, ziemlich fadenscheinig. Sie selber haben für das Jahr 2002 – das haben Sie zwar nicht gesagt, aber so ist es vorgesehen – eine Nettoentlastung von 15 Milliarden DM versprochen. Dann haben Sie uns auch hier gesagt – das haben wir alle gehört; ob Ihre Fraktion so genau zugehört hat, weiß ich allerdings nicht sicher; aber wir haben aufmerksam zugehört –, daß die durchschnittliche Familie um 2 700 DM entlastet werde. Stimmt das, Herr Bundeskanzler?

Jetzt wollen wir einmal rechnen, Herr Bundeskanzler: Wie viele Familien kann man um 2 700 DM entlasten, damit die Grenze von 15 Milliarden DM nicht überschritten wird?

Das sind rund 5 Millionen Familien.

Ja, das ist viel. Aber alle anderen werden nach Ihren eigenen Vorhersagen auch im Jahre 2002 nicht entlastet, und wir haben eine Bevölkerung von 80

Millionen Menschen. Die Behauptung, die allermeisten würden entlastet, ist auf Grund Ihrer eigenen Zahlen als wahrheitswidrig widerlegt.

Und das gilt erst für das Jahr 2002!

Es trifft Sie offenbar! Wenn Sie selber merken, was in Ihrer Regierungserklärung steht, dann ist die Erregung bei der SPD groß. Bisher waren Sie ziemlich schläfrig während der Rede Ihres Bundeskanzlers gewesen; jetzt sind Sie plötzlich wach geworden. Das ist die Wahrheit.

Sie haben diese zwei Stunden auch kaum ausgehalten. Deswegen sind Sie am Schluß der Rede auch alle gleich aus dem Saal gegangen.

Jetzt bleiben Sie ganz ruhig! Jetzt lassen Sie nach diesen zwei Stunden auch der Opposition die Chance, an ein paar Punkten ein bißchen Substanz zu bieten und nicht nur im Glanz der Überschriften zu bleiben. Mit der Regierungserklärung sind die Zeiten der Inszenierungen vorbei! Jetzt ist Substanz gefordert!

Es ist wirklich wahr: Der Start ist Ihnen gründlich mißlungen. Das sage ja nicht nur ich; wenn ich das sagen würde, dann würde jeder meinen, daß ich als Oppositionsführer das sagen muß.

Es sagen aber alle Zeitungen, auch Ihre treuesten Helfershelfer. Sie werden – ich sage es Ihnen voraus – eine neue Gemeinsamkeit mit Ihrem Amtsvorgänger entwickeln, Herr Bundeskanzler Schröder. Von Helmut Kohl wissen wir, daß er den „Spiegel“ ums Verrecken nicht gern gelesen hat. Wenn Sie diese Woche die Überschrift „Wo ist Schröder?“ lesen und sich im Nebel von Lafontaine verschwinden sehen, dann sage ich Ihnen: Der „Spiegel“ wird Ihnen bald so widerwärtig sein, wie er Helmut Kohl es in den 16 Jahren gewesen ist.

Wenn ich in diesen Tagen erlebe, was in dieser Woche in erster Lesung auf die Tagesordnung des Hohen Hauses kommen soll und was nicht, so muß ich feststellen: Die Vorlagen werden zugesandt, dann werden sie wieder zurückgezogen. Dann heißt es, Herr Trittin und Herr Lafontaine hätten sich über die Ökosteuer geeinigt. Wenn man aber nachliest, heißt es, sie hätten sich darauf geeinigt, daß sie eine Kommission einsetzen. Das hat ja das Niveau Ihrer Regierungserklärung. Selbst zum Thema Rente haben Sie gesagt, Sie wollten eine Kommission einsetzen, die alles prüfe – obwohl alle Zahlen auf dem Tisch liegen. Auch für die Reform des Finanzausgleichs im Bundesstaat wollen Sie bis zum Jahre 2005 eine Kommission einsetzen.

Herr Bundeskanzler, die Probleme unseres Landes sind angesichts der rasanten Veränderungen in der Welt um uns herum wie auch in der Arbeitswelt dringlicher. Wir können nicht alles auf die lange Bank schieben. Sie müssen handeln und entscheiden! Sie sind schlecht vorbereitet.

Der Einwand, die Tatsache, daß die Probleme so dringlich seien, würde sich gegen uns richten, ist in der Sache durch Ihre eigene Regierungserklärung widerlegt. Ihre konkreten Ankündigungen bestehen doch nur darin, das, was wir auf den Weg gebracht haben, damit es mit der Arbeitslosigkeit in unserem Lande besser wird, rückgängig zu machen. Lassen Sie die Entwicklung, die wir auf den Weg gebracht haben, doch weitergehen! 400 000 Arbeitslose weniger – das ist eine gute Entwicklung. Die sollten Sie nicht zurückschrauben. Das ist der Punkt.

Wir haben die Schlachten doch oft geführt. Sie können uns doch nicht vorwerfen, daß die Steuerreform nicht zustande gekommen ist. Sie haben Sie doch mit Ihrer Mehrheit im Bundesrat blockiert. Jetzt – mit eigener Mehrheit – zeigen Sie sich unfähig, eine dem Arbeitsmarkt gerecht werdende Steuerreform zustande zu bringen. Das ist das Elend für unser Land.

Erst das Richtige blockieren und dann selber nicht in der Lage sein, das Richtige zu tun, das ist gefährlich für die Chancen unseres Landes. Das ist im Zusammenhang mit der Steuerreform das eigentliche Drama.

Wenn Sie von den Lohnzusatzkosten reden, dann werden Sie doch nicht im Ernst glauben, daß Sie die Lohnzusatzkosten, die Staatsquote, die Abgabenquote in Deutschland dadurch senken können, daß Sie nur umverteilen. Ich erinnere an das Gerede von der Ökosteuer. Nach neuestem Stand ist die Vorlage dazu gerade wieder zurückgezogen worden. Über die Einzelheiten werden wir noch streiten, aber zunächst einmal geht es um das Prinzip. Wer die Umfinanzierung von Sozialabgaben in Steuern – so ist der Sachverhalt – an Stelle von Einsparungen bei den Sozialausgaben durchführt, der wird die Staats- und Abgabenquote nicht senken und auch nicht mehr Arbeitsplätze bekommen, sondern das Gegenteil. Einsparungen sind durch nichts zu ersetzen.

Wer klagt, die Staatsquote sei zu hoch – das haben Sie, Herr Bundeskanzler, in Ihrer Regierungserklärung getan –, der muß auf der Ausgabenseite

von öffentlichen Haushalten und Sozialversicherungen zu Einsparungen kommen. Sie aber wollen all diejenigen Einsparungen, die wir – zum Teil schmerzlich, aber richtig – zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchgesetzt haben, wieder rückgängig machen. Das ist der falsche Weg, wenn es darum geht, mehr Arbeitsplätze in Deutschland zu bekommen, und Sie sind auf diesem falschen Weg.

Daher ist der entsprechende Vorwurf an uns unzutreffend. Es gehört zur Eröffnungsbilanz, daß wir das Land in eine solide wirtschaftliche Entwicklung – Preisstabilität, niedrige Zinsen, rückläufige Arbeitslosigkeit – gebracht haben. Und Sie drehen jetzt mit Ihren falschen rot-grünen Maßnahmen diese Entwicklung wieder zurück.

Es handelt sich also nicht um einen neuen Aufbruch, sondern um eine Rolle rückwärts in eine falsche Vergangenheit. Das ist das Problem.

So wird das nichts mit der „Neuen Mitte“. Und dann auch noch Ihr Gerede von der Berliner Republik! Herr Bundeskanzler, von Neuer Mitte habe ich weder in Ihrer Regierungserklärung noch in Ihrer Koalitionsvereinbarung irgend etwas gefunden, aber von der alten Linken sehr viel und von Durcheinander bei Ihren rot-grünen Koalitionsvereinbarungen noch mehr!

Man fragt sich ja, wer in Deutschland eigentlich regiert.

Herr Bundesfinanzminister, Ihre Politik ist eine Politik des „leichten Geldes“. „Leichtes Geld“ klingt ja schön, bedeutet aber für die Menschen Inflation. Die haben verstanden, daß man nicht mehr Geld ausgeben und weniger einnehmen kann, ohne mehr Schulden zu machen.

Man kann sich nicht gegen Adam Riese stellen; deswegen wird Ihre Politik dazu führen, daß die Staatsverschuldung steigt, die Preisstabilität abnimmt und die Inflation zunimmt. Das ist keine sozial gerechte Politik, sondern das Gegenteil!

Weil dies so ist, wollen Sie Druck auf die unabhängigen Notenbanken machen. Genau so ist der Zusammenhang. Ich meine die Bundesbank und die künftige Europäische Zentralbank. Sie wollen, daß die Bundesbank und künftig die Europäische Zentralbank an einer Politik des leichten Geldes, an einer Politik von mehr Inflation mitwirken.

Nicht anders sind Ihr Gerede und Ihre konzentrischen Angriffe, von Ihren Beratern bis zu Ihnen selbst Tag für Tag systematisch angelegt, zu erklären.

Die Zinsen sollen nach unten gehen, obwohl wir schon das niedrigste Zinsniveau haben und obwohl wir die reale Zinsdifferenz in Europa in einer Weise auseinandertreiben würden, daß es unter dem Gesichtspunkt der beginnenden Währungsunion gar nicht zu verantworten wäre. Sie wollen die Zinsen nach unten manipulieren, eine höhere Neuverschuldung vornehmen und mehr Inflation hervorbringen. Das ist der falsche Weg, um die Reformen unseres Landes weiter voranzubringen.

Das wird nicht mehr Arbeitsplätze, sondern mehr Inflation in Deutschland verursachen. Sichere Arbeitsplätze entstehen nur bei Stabilität.

Die Sache ist übrigens noch viel bedenklicher; deswegen muß das am Anfang dieser Legislaturperiode ausgetragen werden. Dies sollte nicht freundlich geschehen, denn daran ist nichts freundlich. Die Bundesrepublik Deutschland mußte große Anstrengungen unternehmen, um unsere Partnerländer in Europa von der Umsetzung der deutschen Stabilitätskultur auch im Maastricht-Vertrag und im Stabilitätspakt zu überzeugen. Andere – ich sage das mit vollem Respekt vor der Tradition und dem Verfassungs- und Staatsverständnis unserer Freunde und Partner in Europa – haben ein ganz anderes Verhältnis zu der Vorstellung von einer autonomen Notenbank.

In Frankreich ist nach dem dortigen Staatsverständnis seit Jahrhunderten – bis zum Vertrag von Maastricht – die Politik die oberste Instanz gewesen, die letzten Endes über alle Entscheidungsbereiche verfügen kann. Herr Lafontaine, so hätten Sie es gern; aber so ist es in Deutschland nicht. Es ist auch besser, daß es in Deutschland nicht so ist, und es darf nicht so werden.

Natürlich hat Geld eine politische Funktion, natürlich hat die Bundesbank eine politische Verantwortung. Aber diese Verantwortung unterliegt nicht der Verfügung der jeweiligen parteipolitischen Mehrheit. Das ist der Grund, warum wir in Deutschland in diesen 50 Jahren mehr Stabilität hatten.

Nur dann, wenn wir uns diese Autonomie, diese Selbständigkeit, diese Eigenverantwortung, diese Nichtverfügbarkeit der Geldpolitik der Zentralbank für Preisstabilität, für Geldwertstabilität erhalten, können wir darauf vertrauen, daß die europäische Währung so stabil wird, wie es die D-Mark Gott sei Dank – auch dank unserer Politik – geworden ist.

Das war das eigentlich Schwierige, und das war der weite Weg, den andere auf dem Weg zur Europäischen Union zurücklegen mußten. Das fordert von uns Respekt, wie es übrigens auch Respekt vor der politischen Führungsleistung und Staatskunst der bisherigen Bundesregierung, des Bundeskanzlers, des Finanzministers, des Außenministers, fordert, daß es gelungen ist, die Unabhängigkeit der Notenbank, die Unverfügbarkeit der Geldwertstabilität für die jeweilige parteipolitische Mehrheit zum Prinzip auch der Europäischen Währungsunion zu machen.

Wenn das jetzt gleich zu Beginn, noch ehe die Währungsunion wirklich begonnen hat, ausgerechnet von Deutschland untergraben wird, dann fängt es in Deutschland schlecht an und wird in Europa noch schlechter enden. Deswegen werden wir dagegen jeden Widerstand leisten. Die Geldwertstabilität darf auch in der Europäischen Währungsunion nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Zu einer fairen Behandlung Ihres Vorgängers und der Vorgängerregierung hätte – bei allen politischen Unterschieden – übrigens auch gehört, nicht nur über die Notwendigkeit zu reden, Herr Bundeskanzler, die Finanzierung der Europäischen Union entsprechend der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ein Stück fairer zu ordnen, als sie im Laufe der Jahre seit 1992 geworden ist. Das ist 1992 so vereinbart worden – hier haben Sie recht; das stimmt so –, weil seinerzeit eine besondere Situation bestand. Aber im nächsten Jahr muß eine Neuregelung der Finanzierung der Europäischen Union erreicht werden. Das wird schwierig zu erreichen sein. Sie werden dabei auf unsere Unterstützung rechnen können.

Aber Sie hätten auch vermerken sollen, daß Sie nicht nur auf unsere Unterstützung bei diesem schwierigen Unterfangen rechnen können, sondern daß Sie vor allen Dingen auf die Vorarbeit des bisherigen Bundesfinanzministers Theo Waigel zählen können, der ja in Europa die Bereitschaft zu einer finanziellen Neuregelung in der Europäischen Union in den letzten Monaten in mühevoller Arbeit erreicht hat. Das hätten Sie hier mit etwas Respekt vermerken sollen.

Das wird übrigens nicht heißen, daß Deutschland als ein wirtschaftlich stärkeres Land, als es andere heute sind, nicht auch in Zukunft mehr an der Finanzierung der Europäischen Union tragen muß als andere. Das ist in Ordnung. Aber es muß ein faires Verhältnis zur Leistungsfähigkeit vorhanden sein. Dieses Verhältnis ist ein Stück weit unfair geworden.

Daß inzwischen alle Finanzminister anerkannt haben, daß die heutige Regelung jedenfalls nicht mehr den objektiven Gegebenheiten unter den Mitgliedsländern der Europäischen Union entspricht, ist ein großer Erfolg von Theo Waigel. Darauf läßt sich aufbauen, verehrte Damen und Herren der neuen Bundesregierung und der neuen Mehrheit.

Aber wenn Sie als neue Bundesregierung in Deutschland die Grundlagen von Stabilität und Solidität in der Europäischen Union untergraben, dann werden Sie Europa auch nicht in die Lage versetzen, das dringende Projekt der Osterweiterung zustande zu bringen. Herr Bundeskanzler, wir haben ja – ich hoffe, es hält – mit einer gewissen Befriedigung vermerkt, daß Sie schnell Äußerungen wieder in Ordnung gebracht haben, die am Anfang nicht in Ordnung waren. Unseren Nachbarn in Osteuropa zu sagen, mit der neuen Regierung werde es jetzt ein wenig länger dauern, beschwor eine gefährliche Entwicklung herauf. Herr Fischer mußte dann gleich nach Warschau fliegen. Auch Sie waren dort und haben es in Ordnung gebracht. Ich hoffe, es bleibt dabei.

Wir sollten uns als wiedervereinigtes Deutschland in der Mitte Europas unabhängig von der Frage, wer gerade die Regierung und wer die Opposition stellt, darum bemühen, ganz Europa zu einem Kontinent zu machen, auf dem Frieden, Stabilität, wirtschaftliche, soziale und ökologische Prosperität herrschen. Das ist das wichtigste Projekt der Deutschen am Ende dieses und am Beginn des kommenden Jahrhunderts. Dafür müssen wir arbeiten; dazu werden wir auch in Zukunft stehen.

Das setzt aber voraus, daß jeder seinen Beitrag leistet. Stabilität beginnt immer zu Hause. Das gilt auch für die Zukunft.

Wenn Sie glauben, die Arbeitslosigkeit könne durch den Europäischen Rat bekämpft werden, dann fürchte ich, daß Europa eine gefährliche Entwicklung nimmt. Wir werden Europa besser voranbringen, wenn wir das Subsidiaritätsprinzip in Europa stärker durchsetzen, das heißt, wenn wir uns darüber verständigen, welche Ebene in Europa – europäische Ebene, Mitgliedstaaten oder Regionen – für die Lösung welcher Probleme zuständig ist. Wer glaubt, europäische Beschäftigungspolitik würde in Europa mehr Arbeitsplätze schaffen, ist auf dem Holzweg. Am Ende werden in Europa nur mehr Steuern, mehr Abgaben, mehr Bürokratie und weniger Arbeitsplätze herauskommen. Wir werden Sie auf diesem Weg nicht unterstützen.

Wir brauchen eine Steuerreform, die die Wachstumskräfte stärkt. Sie werden uns ja bei den steuerpolitischen Diskussionen der kommenden Tage und Wochen immer sagen – das ahne ich schon voraus –, diese und jene Maßnahme zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage habe auch die CDU/CSU-FDP-Koalition einmal vorgesehen.

Nach unserem Konzept sollen die Steuersätze – und zwar jetzt, nicht irgendwann – deutlich gesenkt werden. Alle Steuersätze – Spitzensteuersatz, Eingangsteuersatz und alle Sätze dazwischen, Thesaurierungssatz und Ausschüttungssatz bei der Körperschaftsteuer – sollen etwa um ein Drittel gesenkt werden. Dazu ist eine Nettoentlastung erforderlich, nicht irgendwann im nächsten Jahrhundert, sondern jetzt. Danach können Sie auch die Bemessungsgrundlage verbreitern und Ausnahmeregelungen bei der Besteuerung beseitigen.

Wenn Sie aber die Steuersätze nicht senken und keine Nettoentlastung ermöglichen, sondern nur die Bemessungsgrundlage verbreitern, dann nehmen Sie Steuererhöhungen vor. Diese sind Gift für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Das ist der Unterschied.

Jedesmal, wenn Sie in Zukunft versuchen, unter Verdrehung der Wahrheit die Menschen darüber zu täuschen, werden wir uns in aller Entschiedenheit dagegen wehren und der Öffentlichkeit die Wahrheit sagen. Es handelt sich um zwei völlig unterschiedliche Konzepte.

Letztendlich wollen Sie doch die Staatsquote gar nicht senken, sondern erhöhen. An keiner Stelle sehen Sie Einsparungen vor. In Ihrem Programm ist bisher lediglich vorgesehen, beschlossene Einsparungen rückgängig zu machen und mehr Geld auszugeben. Ich sage es Ihnen vorher: Der Sozialversicherungsbeitrag wird nicht sinken, wie sehr Sie den Benzinpreis auch erhöhen. Dabei berücksichtigen Sie übrigens nicht, was das sozial bedeutet.

Unser Konzept war und bleibt, die Steuersätze zu senken, die Steuerbelastung insgesamt netto zu reduzieren und im Zuge dessen auch Ausnahmen zu beseitigen. Ihr Konzept bringt keine Nettoentlastung, keine Senkung der Steuersätze. Sie wollen nur Ausnahmen von der Besteuerung abschaffen. Das sind Steuererhöhungen. Das ist das Gegenteil unserer Politik. Das Ergebnis wird mehr Arbeitslosigkeit und weniger Wachstum sein.

Ihr Konzept ist, die beschlossenen und in Kraft gesetzten Maßnahmen zur Reduzierung des Anstiegs der Ausgaben in der Renten- und der Krankenversicherung rückgängig zu machen. Sie werden nicht Beitragssatzstabilität bei der gesetzlichen Krankenversicherung ernten, sondern Sie haben mit dem, was Sie ankündigen, drastische Beitragssteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung zu erwarten.

Wenn Sie jetzt die Ausgaben erhöhen, dann können Sie so viel Ökosteuer machen, wie Sie wollen, sie dient allenfalls dazu, die Beitragssatzsteigerungen zu vermeiden, die durch erhöhte Ausgaben entstehen; sie wird aber nicht zu dauerhaften Beitragssenkungen führen. Deswegen ist Ihre Politik falsch.

Sie können Umschichtungen nicht an Stelle von Einsparungen machen; denn wir brauchen zuerst die Einsparungen. Über zusätzliche Umschichtungen können wir dann reden, sie sind aber nicht ohne Einsparungen möglich. Das ist der grundsätzliche Unterschied.

Ich möchte zur Ökosteuer noch folgendes sagen: Ich glaube nicht – ich habe die Berechnungen gesehen –, daß sie letzten Endes zu der Entlastung führen wird, von der Sie sprechen. Erstens werden wir keine Beitragssenkung bekommen, und zweitens habe ich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ von heute gelesen, wo es heißt:

Nach Berechnungen des Finanzministeriums hat die ökologische Steuer- und Abgabenreform für einen Vier-Personen-Haushalt mit einem Jahreseinkommen von 70 000 Mark brutto folgende Auswirkungen: Bei der Rentenversicherung ergibt sich – durch die Beitragssatzsenkung – eine Ersparnis von 280 Mark. Die Energiebesteuerung führt dagegen zu einer Belastung von 301 Mark.

Sie müssen den Menschen erklären, wie Sie die Familien entlasten, wenn sie für 280 DM Entlastung 301 DM mehr bezahlen müssen. Das sind nach Berechnungen Ihres Hauses 21 DM mehr. Das Wort Entlastung sollte Ihnen wirklich nicht mehr über die Lippen kommen.

Sie machen Steuererhöhungen, um Ihre Unfähigkeit zu Einsparungen finanzieren zu können. Im übrigen wollen Sie mehr

Schulden machen und die Inflation beschleunigen. Das ist der falsche Weg, und auf diesem Weg werden Sie mit unserer scharfen Kritik rechnen müssen.

Die Steuerreform ist falsch, die Abgabenpolitik ist falsch, die Stabilität in Europa wird untergraben, und Sie machen nationale Alleingänge in der Energie- und Umweltschutzpolitik.

In dem Maße, in dem aus Turnschuhen Nadelstreifen wurden, ist aus Grundsätzen hemmungsloser Opportunismus geworden. Posten statt Ideen! „Global denken, lokal handeln“ hat der Wahlspruch geheißen. Jetzt machen Sie in der Energie- und Umweltschutzpolitik nationale Alleingänge. Als ob irgendein Kernkraftwerk in Osteuropa durch einen nationalen Alleingang Deutschlands sicherer würde! Das schafft doch nicht mehr Sicherheit. Die ganze rot-grüne Inszenierung vor und nach der Wahl hat doch suggeriert, Sie fangen jetzt richtig kräftig an mit dem, was Sie Ökosteuer nennen. Ich habe den Begriff immer für falsch gehalten, weil er nämlich verschleiert, daß Sie in Wahrheit nicht sparen wollen. Aber ohne Sparen kommen Sie nicht hin.

Daß man darüber, wie man sparsamen Energieverbrauch sicherstellt, trefflich streiten und miteinander ringen kann, ist völlig in Ordnung. Aber Sie dürfen das nicht zur Grundlage der Finanzierung von Mehrausgaben in der Sozialversicherung machen. Das ist der falsche Weg, der verschüttet die Milch.

Rot-Grün kündigt also an – auch in Ihrer Regierungserklärung, Herr Bundeskanzler; Sie sehen, ich habe zugehört –, das wird jetzt kräftig gemacht. Dann kommt das mit den sechs Pfennig – energieintensive Betriebe ausgenommen oder nicht; lassen wir den Koalitionsstreit mal auf sich beruhen –, es wird aber gesagt: Das ist nur der erste Schritt, und in den nächsten Jahren geht es kräftig weiter. Denn sonst wäre es ja herzlich bescheiden. Da waren wir schon mal weiter in unseren Überlegungen; allerdings haben Sie dann die notwendigen Einsparungen blockiert. Das war der Punkt, warum es nicht zustande gekommen ist.

Jetzt sagen Sie, Herr Bundeskanzler, die nächsten Schritte können nur in Europa kommen. Das heißt, Sie haben – wer von Ihren rot-grünen Genossen zugehört hat, weiß das – schon gesagt: Genossinnen und Genossen, laßt alle Hoffnung fahren; es gibt keine weiteren Schritte! Ich sage Ihnen: Die

sechs Pfennige werden vorne und hinten nicht ausreichen, um die Ausgabenerhöhungen in der Krankenversicherung und der Rentenversicherung aufzufangen. Deswegen ist Ihr Programm ein Programm zur Erhöhung des Sozialversicherungsbeitrags in Deutschland. Das ist die Wirklichkeit!

Man kann in der Erwiderung auf die Regierungserklärung, die alle Themen abdecken muß – wir werden noch die ganze Woche debattieren –, in dem ersten Beitrag nicht bereits zu allen Themen Stellung beziehen. Das ist auch in Ordnung, und das ist parlamentarischer Brauch.

Ich will aber noch wenige Bemerkungen zum Thema der inneren Sicherheit machen.

● Ja, daran müssen Sie sich gewöhnen. Machen Sie nicht solche Zwischenrufe wie „Gott sei Dank“! Sie müssen auch in Ihrer Machtbesoffenheit schon ertragen, daß es andere Meinungen in Deutschland gibt und daß diese vorgetragen werden.

Sie haben die Wahl gewonnen. Sie haben jetzt eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat. Das gibt Ihnen eine besondere Verantwortung. Aber ich rate Ihnen dringend: Gehen Sie damit – im Respekt vor der Meinung anderer – mit ein bißchen mehr Bescheidenheit um!

Es fängt schon damit an, wie Sie den ersten Oppositionsbeitrag in dieser Debatte nicht ertragen wollen.

Und jetzt sage ich Ihnen: Die Art, wie Sie in Ihre Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben haben: Stimmt ihr für den Bundespräsidenten, kriegt ihr den Kommissar für Europa, das ist ein nicht angemessener Umgang mit den höchsten Ämtern in unserem Staat und in Europa.

Das paßt ganz prima zu den Lafontaineschen Bemühungen in bezug auf Bundesbank und europäische Notenbank.

Ich sage Ihnen: Hochmut kommt vor dem Fall. Die Arroganz der Macht ist die größte Versuchung.

Dann sage ich Ihnen noch einmal das mit Herrn Schily, weil Sie es immer noch nicht verstanden haben: Es geht nicht an, daß ein Innenminister der Bundesrepublik Deutschland, wenn er ein Problem darin sieht, daß eine Partei, die Gegenstand der Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist, nun in einer Landesregierung beteiligt ist, sagt: Dann dürfen wir sie nicht mehr beobachten. Er müßte dafür eintreten, daß sie nicht Mitglied einer Landesregierung wird. Das wäre die einzig richtige Antwort!

Herr Kollege Schlauch, jetzt komme ich auf den Bericht des Bonner „Generalanzeigers“ vom 26. Oktober zu sprechen. Er hat mich so empört, daß ich ihn heute erwähnen muß. Der Bericht handelt über gewalttätige Krawalle in Bonn, bei denen die Polizei eine Reihe von Gewalttätern festgenommen hat.

● **Entschuldigung, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die für den Polizeieinsatz in Bonn zuständig ist, wird doch von SPD und Grünen getragen. – Was ist passiert? Ich könnte jetzt den gesamten Bericht vorlesen.**

In der Menge sollten nach Angaben eines Polizeisprechers 20 Gewalttäter sein, die die Beamten mit Flaschen, Steinen und anderen Gegenständen beworfen hatten. . . . Als Politiker von Bündnis 90/Die Grünen auf ihrem Parteitag in der Beethovenhalle davon erfuhren, bahnte sich Ärger an. NRW-Bauminister Michael Vesper, mehrere Bundestagsabgeordnete und der Bonner Landtagsabgeordnete Roland Appel schalteten sich ein. Während Vesper vor Ort mit dem Einsatzleiter über eine Freilassung der Festgehaltenen verhandelte, fuhr Appel ins Präsidium.

So wollen wir in Deutschland nicht anfangen.

Die Polizei verrichtet in allen Ländern einen schweren Dienst. Wir schulden den Polizeibeamten der Länder Dank und Unterstützung. Was wir unter gar keinen Umständen als Politiker – ob wir Regierungsverantwortung tragen oder als Abgeordnete tätig sind – machen dürfen: Wenn die Polizei bei gewalttätigen Krawallen – das ist für die Polizei eine schwierige Situation – Gewalttäter festnimmt, dürfen Abgeordnete von Bundestag und Landtag – oder sogar Minister der Regierung, die der Dienstherr dieser Polizeibeamten ist – nicht mit der Polizeieinsatzleitung darüber verhandeln, ob man die Gewalttäter wieder freiläßt. So geht der Rechtsstaat vor die Hunde. Das sollte man nicht anfangen.

Ich glaube nicht, daß Sie so die innere Sicherheit verbessern werden.

Übrigens: Zur Eröffnungsbilanz Ihrer Regierung gehört auch, daß die Kriminalität in Deutschland in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat und die Aufklärungsquote gestiegen ist.

Die Kriminalität hat durch die Anstrengungen von Bund und Ländern abgenommen. Das ist in erster Linie das Verdienst der Polizeibeamten. Wir müssen sie bei ihrer Arbeit unterstützen und dürfen ihnen nicht in den Rücken fallen. Dafür appelliere ich, darum werbe ich.

Aber ich sage auch: Neben vielen wichtigen und schwierigen Aufgaben ist die Bewahrung von innerer Sicherheit in der modernen Welt eine der großen Herausforderungen, für deren Bewältigung es kein Patentrezept gibt.

Die Bewahrung der inneren Sicherheit wird nicht gelingen, wenn wir nicht eine vernünftige Mischung von verschiedenen Maßnahmen finden. Herr Bundeskanzler, wir stimmen mit dem überein, was Ihr Innenminister im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Prävention – Jugendarbeit, Musikschulen und dergleichen – gesagt hat. Diese Art von Prävention muß sich aber vor Ort, in der Kommunal- und Landespolitik abspielen. Je mehr es gelingt, mit Hilfe von Ehrenamtlichen – Herr Bundeskanzler, da haben Sie mich völlig falsch verstanden, ich hatte etwas anderes gesagt; ich wollte Sie gar nicht ärgern, sondern mich nur mit Ihnen politisch auseinandersetzen – präventive Arbeit zu leisten, um so besser ist es.

Aber alle Prävention und alle Sozialtherapie wird den Staat am Ende nicht der Verantwortung entheben, das Gewaltmonopol durchsetzen zu müssen. Dafür brauchen wir klare Gesetze, eine einsatzfähige Polizei und Gerichte, die den Rechtsstaat durchsetzen. Das eine kann nicht durch das andere ersetzt werden.

Ich glaube übrigens, daß uns die Prävention und die Gewaltfreiheit um so besser gelingen werden, je mehr wir uns daran erinnern, daß grundlegende Werte und das Bekenntnis dazu Grundlage jeder Freiheitsordnung sein müssen und daß wir Institutionen brauchen, die Werte vermitteln. Anders wird es nicht gehen.

Rot-Grün ist auf dem falschen Weg, wenn es die vorrangige Schutzfunktion von Ehe und Familie dadurch untergräbt, daß es Ehe und Familie jeder anderen Form menschlichen Zusammenlebens gleichsetzen will. Nach Artikel 6 des Grundgesetzes genießen Ehe und Familie vorrangigen Schutz. Diesen Schutz brauchen sie auch. Wir respektieren jede Lebensform der Menschen. Wir schreiben niemandem etwas vor. Aber wir brauchen Leitbilder und eine Wertorientierung, damit unsere Gesellschaft auch im 21. Jahrhundert freiheitlich, tolerant und menschenwürdig bleibt.

Wir brauchen die richtigen Entscheidungen. Wir sind uns einig, daß das Zusammenleben mit ausländischen Mitbürgern, die auf Dauer in Deutschland leben und von denen viele von uns einmal angeworben wurden – auch das gehört zur Wahrheit und muß den Menschen immer wieder gesagt wer-

den –, also mit Menschen, die ganz unterschiedlich sind, alle modernen Demokratien vor große Herausforderungen, vor große Bewährungsproben stellt. Das ist richtig. Da sind wir uns einig.

Deswegen muß unser aller Ziel sein – ich hoffe, daß es hierbei in diesem Hause keine Unterschiede gibt –, die auf Dauer rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürger – vor allen Dingen die Kinder, die hier geboren werden – so gut und so schnell wie möglich zu integrieren. Zur Verwirklichung dieses Ziels müssen wir auf allen Ebenen, also im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden, sehr viele Anstrengungen unternehmen. – Ich wiederhole: Kein Bundesland hat in den Schulen mehr Stellen für die Integration von Kindern ausländischer Eltern eingerichtet als der Freistaat Bayern. Auch das gehört zur Wahrheit, wenn man fair miteinander umgeht.

Wir müssen also gemeinsam auf allen Ebenen jede Anstrengung zur Förderung von Integration unternehmen. Die Union wird sich darin von niemandem übertreffen lassen.

Aber die ausnahmslose Hinnahme einer doppelten Staatsangehörigkeit ist der falsche Weg. Sie wird die Integration nicht fördern, sondern behindern. Deswegen appelliere ich an Sie: Kehren Sie auf diesem falschen Weg um! Das Ergebnis wird nicht mehr Toleranz und mehr Ausländerfreundlichkeit, sondern das Gegenteil sein.

Wenn Sie die ausländischen Mitbürger mit dem Privileg versehen, zwei Staatsangehörigkeiten haben zu können, während die Deutschen nur eine haben, wenn Sie die Staatsangehörigkeit nicht mehr als Abschluß eines Integrationsprozesses verstehen, dann geht das am Kern des Problems vorbei, Herr Bundeskanzler. Es ist die freie Entscheidung der Menschen, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben wollen, ob sie Deutsche sein wollen oder nicht. Wir zwingen niemanden, Deutscher zu werden. Aber wer Deutscher werden will, muß die Entscheidung dazu treffen. Deswegen ist die ausnahmslose Hinnahme einer doppelten Staatsangehörigkeit im Ergebnis nicht ein Programm zur Förderung von Integration, sondern zur Förderung von Ausländerfeindlichkeit. Deswegen werden wir sie bekämpfen.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen dieser Regierung, der rot-grünen Koalition, und der Union – über alle Einzelheiten und Einzelfragen hinweg,

über die wir uns Tag für Tag und Woche für Woche kämpferisch auseinandersetzen müssen und auseinandersetzen werden – besteht letzten Endes in der Frage – in den Zielen sind wir uns ja häufig einig: Integration, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Wohlstand für alle, soziale Sicherheit, Frieden nach außen und innere Sicherheit; über all das gibt es keinen Streit –: Wie erreichen wir diese Ziele? Bei der Beantwortung dieser Frage setzen Sie, wenn es ernst wird, trotz aller schönen Formulierungen in Ihrer Regierungserklärung immer auf staatliche, zentralistische Regulierung und Reglementierung und im Ergebnis auf Steuern, Abgaben und Bürokratie.

Das ist nach unserer Überzeugung der falsche Weg. Wir trauen den Menschen, und wir trauen ihnen etwas zu. Deswegen wollen wir die Kräfte von Eigenverantwortung, Freiheit, freiwilliger Solidarität, von Werten und wertvermittelnden Institutionen stärken. Das ist der grundsätzliche Unterschied. Dieser Unterschied wird sichtbar in der Sozialpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Finanzpolitik, in der inneren Sicherheit und bei der Integration ausländischer Mitbürger.

Dies ist letzten Endes eine Frage des Menschenbildes. Nach unserer Überzeugung kann der Staat nicht alles, und er darf auch nicht alles können. Staatliche Allmacht war in der Menschheitsgeschichte immer die Vorstufe zur Hölle. Deswegen sind Machtbegrenzung, Dezentralisierung, Föderalismus, Autonomie und Wettbewerb der bessere Weg, um Freiheit und eine gute Zukunft zu sichern. Das ist der Weg der Union.

Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, der sein Gewaltmonopol ernst nimmt und durchsetzt. Wir brauchen eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Herr Lafontaine, es hilft alles nichts: Die wirtschaftliche Entwicklung, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft richtet sich nach den Regeln von Markt und Wettbewerb im Zeitalter der Globalisierung. Wer die bestehenden Regeln des weltweiten Wettbewerbs bestreitet, kann Deutschland nicht in eine gute Zukunft führen. Für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft muß man die Regeln von Markt und Wettbewerb akzeptieren.

Aber das ist nicht alles. Wirtschaft und Wirtschaften sind nie Selbstzweck. Ziel ist vielmehr, für die Menschen mehr Erfüllung, mehr Glück, mehr Wohlstand, mehr soziale Sicherheit sowie mehr Frieden und Freiheit zu bewirken. Deswegen wollen wir eine sozial starke Gesellschaft. Wir müssen um die Frage „Wirtschaft wozu?“ ringen, um die richtigen Antworten zu geben. Wirt-

schaftliche Leistungsfähigkeit, eine aktive, starke Gesellschaft, Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Wärme – das ist der Wettstreit, um den es geht. Angesichts dessen versagen Sie, indem Sie schon die Regeln von Markt und Wettbewerb nicht akzeptieren können.

Herr Bundeskanzler, Sie haben in zwei Reden – am 1. September und am 3. Oktober dieses Jahres, noch als Bundesratspräsident – davon gesprochen, der Föderalismus dürfe nicht zu einem Wettbewerb zwischen den Bundesländern werden. Ich sage: In dieser Frage ist die CDU/CSU grundsätzlich gegenteiliger Auffassung.

Wenn dezentrale Systeme, die kommunale Selbstverwaltung, der Föderalismus, die Gliederung staatlicher Macht und Zuständigkeit in Bund und Ländern, einen Sinn machen sollen, muß es einen Wettbewerb um die bessere Lösung, zum Beispiel zwischen Kommunen und zwischen Bundesländern, geben. Diese bessere Lösung muß dann Vorbild für die anderen sein. Die Ausgleichssysteme dürfen nicht dazu führen, daß am Schluß diejenigen mit den schlechtesten Ergebnissen an der Spitze stehen. Deswegen muß unser System des Föderalismus reformiert werden.

Wer den Wettbewerb nicht akzeptiert, hat die Grundregeln für Innovations- und Zukunftsfähigkeit einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht verstanden. Mit dieser grundsätzlichen Alternative werden Sie sich in den kommenden Jahren auseinandersetzen müssen. Wir streiten mit Ihnen um den besseren Weg in eine gute Zukunft, und wir nehmen unsere Verantwortung ernst.

Ich sage noch einmal, weil ich ja weiß, daß Sie Ihre Wahlversprechen schnell vergessen machen wollen – deswegen muß es am Anfang und am Ende des ersten Diskussionsbeitrags zu dieser Regierungserklärung gesagt werden –: Das Haus ist wohl bestellt, das Sie nach 16 Jahren CDU/CSU-FDP-Regierung übernommen haben.

Niemand hat je bestritten, daß wir eine Menge Probleme haben. Sie haben uns doch in den letzten Jahren immer wieder daran gehindert, die Probleme noch besser zu lösen, als wir sie ohnehin schon gelöst haben. Aber es bleibt festzuhalten: Das Haus ist wohl bestellt. Wir haben eine rückläufige Arbeitslosigkeit; es gibt 400 000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr. Es sind

über 800 000 Arbeitsplätze im Verlauf dieses Jahres hinzugekommen. Wir haben stabile Preise und die niedrigste Preissteigerungsrate seit vielen Jahren. Wir haben die niedrigsten Zinsen. Wir haben ein solides Wirtschaftswachstum. Wir haben weniger Kriminalität und eine höhere Aufklärungsquote. Wir haben in den letzten Jahren weniger Zuwanderung nach Deutschland gehabt. All dies stellt die Ausgangslage dar, in der Sie anfangen.

Wenn sich in den kommenden Jahren die Entwicklung zum Schlechteren verändert, dann sind das, Herr Bundeskanzler, Ihre Zahlen. Wenn die Arbeitslosigkeit und auch die Inflation steigen und das Wirtschaftswachstum zurückgeht, dann ist das in der Verantwortung Ihrer Politik.

Daran werden Sie sich messen lassen müssen. Sie haben gesagt, Sie wollen sich daran messen lassen; wir werden Sie daran messen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU - Beifall bei der FDP)